

GdP lehnt 41-Stunden-Woche ab – „Belastung steigt, Attraktivität sinkt“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg spricht sich klar gegen Überlegungen aus, die Wochenarbeitszeit für Polizeibeamtinnen und -beamte auf 41 Stunden zu erhöhen. Aus Sicht der GdP würde eine solche Maßnahme die ohnehin hohe Belastung im Polizeidienst weiter verschärfen und die Attraktivität des Berufs deutlich mindern.

„Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten seit Jahren an der Grenze des Leistbaren. Eine weitere Arbeitszeiterhöhung würde die Situation nicht verbessern, sondern verschärfen“, sagt Lars Osburg, Landesvorsitzender der GdP Hamburg.

Die GdP erinnert daran, dass die SPD selbst vor Jahren die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden durch die CDU kritisiert hatte. Viele der damaligen Argumente seien heute im Polizeidienst noch relevanter:

Belastung und Gesundheit: Schon damals warnte die SPD vor steigenden gesundheitlichen Risiken durch längere Arbeitszeiten. Im Schichtdienst der Polizei seien diese Effekte heute deutlich ausgeprägter.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Die SPD argumentierte, dass längere Arbeitszeiten die Vereinbarkeit erschweren. Für den Polizeidienst mit Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdiensten gelte dies in besonderem Maße.

Attraktivität des öffentlichen Dienstes: Die SPD betonte, dass eine Arbeitszeiterhöhung die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes schwäche. Angesichts des bundesweiten Nachwuchsmangels in der Polizei sei dies ein zentrales Argument.

Strukturelle Probleme: Die SPD stellte klar, dass längere Arbeitszeiten kein Ersatz für ausreichendes Personal seien. Diese Einschätzung treffe heute unverändert zu.

Mehr Stunden lösen keine Personalprobleme!

Die GdP warnt davor, strukturelle Herausforderungen durch eine Arbeitszeiterhöhung kompensieren zu wollen. „Wer die Arbeitszeit erhöht, erhöht am Ende auch die Krankenstände. Das ist keine nachhaltige Personalpolitik“, sagt Osburg. „Hamburg braucht mehr Personal, nicht mehr Stunden pro Kopf.“

Die Gewerkschaft verweist zudem auf die zunehmenden Anforderungen im Einsatz- und Ermittlungsdienst, steigende Fallzahlen in bestimmten Deliktsbereichen sowie die wachsende Erwartungshaltung der Öffentlichkeit.

Forderung an den Senat

Die GdP fordert den Senat auf, die Überlegungen zur 41-Stunden-Woche klar zurückzuweisen und stattdessen auf Maßnahmen zu setzen, die die Polizei langfristig stärken:

- mehr Personal statt längerer Arbeitszeiten
- verbesserter Gesundheitsschutz im Schichtdienst
- Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufs
- nachhaltige Nachwuchsgewinnung ■



Erst konkurrenzfähige Besoldung – dann über längere Arbeitszeiten sprechen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg fordert den Senat auf, die geplante Erhöhung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte auszusetzen, bis Hamburg bei der Besoldung wieder wettbewerbsfähig ist. Für die GdP ist klar: Wer von seinen Beschäftigten mehr Leistung erwartet, muss zunächst für eine faire Bezahlung sorgen.

Das falsche Signal

„Eine längere Arbeitszeit bei einer Besoldung, die im Bundesvergleich seit Jahren nicht konkurrenzfähig ist, sendet das völlig falsche Signal. Erst muss Hamburg seine Hausaufgaben bei der Besoldung machen – dann kann über weitere Belastungen gesprochen werden“, erklärt GdP-Landesvorsitzender Lars Osburg.

Verlust der Wettbewerbsfähigkeit

Nach Auffassung der GdP verschärft der Senat mit seinen Plänen die Attraktivitätskrise des öffentlichen Dienstes. Während andere Dienstherren mit besseren Besoldungsstrukturen um Nachwuchs und erfahrene Kräfte werben, droht Hamburg, seine Wettbewerbsfähigkeit weiter einzubüßen.

Gleichzeitig warten viele Beamtinnen und Beamte weiterhin auf eine verfassungsgemäße Alimentation und verlässliche berufliche Perspektiven.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten täglich Überstunden, arbeiten unter hoher Belastung und sorgen rund um die Uhr für die Sicherheit dieser Stadt. Wer diese Leistung dauerhaft sichern will, muss zunächst die Rahmenbedingungen verbessern, statt die Arbeitszeit zu verlängern“, so Osburg.

Wir fordern deine konkurrenzfähige Besoldung

Die GdP Hamburg fordert den Senat deshalb auf, zunächst eine im Bundesvergleich konkurrenzfähige Besoldung, die vollständige Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Alimentation sowie verlässliche Kar-

riere- und Beförderungsperspektiven sicherzustellen. Erst danach könne über zusätzliche Arbeitszeit gesprochen werden. ■



„Wertschätzung zeigt sich nicht darin, von den Beschäftigten mehr zu verlangen. Wertschätzung zeigt sich darin, sie fair zu bezahlen und ihre Leistung anzuerkennen.“

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

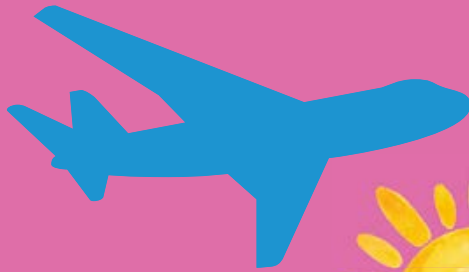
Geschäftsstelle
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de

AB IN DEN URLAUB

WIR SIND FÜR DICH DA
VOR UND NACH DER REISE



psw-reisen-
hamburg@gdp.de

040-28089622
oder 23



Polizeisozialwerk
Hamburg GmbH



BEAMTENPOLITIK

„Drei Jahrzehnte Dienst – und drei Jahrzehnte Verschlechterung“

Seit 1992 stehe ich im Dienst der Polizei Hamburg. In diesen mehr als drei Jahrzehnten habe ich erlebt, wie sich die Arbeitsbedingungen und die Besoldung der Beamtinnen und Beamten Schritt für Schritt verschlechtert haben. Was als einzelne Sparmaßnahme begann, ist heute ein strukturelles Problem, das die Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Polizei gefährdet. – Eine persönliche Einordnung von Lars Osburg, Polizeibeamter seit 1992.

Lars Osburg

Landesvorsitzender der GdP Hamburg

Was alles verloren gegangen ist

Kontinuierliche Einschnitte seit den 1990er-Jahren: 1995 wurde das Weihnachtsgeld eingefroren – ein stiller Reallohnverlust, der sich über Jahre summierte. 2003 folgte die Absenkung des Pensionsniveaus von 75 % auf 71,75 % sowie die sogenannte „Hamburger Lösung“, eine drastische Kürzung des Weihnachtsgeldes zugunsten anderer politischer Prioritäten. 2004 wurde das Urlaubsgeld vollständig gestrichen. 2006 erhöhte der Senat die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden – ohne Ausgleich, faktisch eine versteckte Gehaltskürzung. 2011 wurde das Weihnachtsgeld endgültig auf minimale Pauschalen reduziert. Die bis heute laufenden Musterklagen zur verfassungswidrigen Besoldung zeigen, wie tief die Einschnitte waren.

Aktuelle Entwicklung ist beispiellos schlecht

2027 steht der nächste harte Einschnitt bevor: Mehrarbeitszeit, Wegfall der AZV und ein erneuter Reallohnverlust von rund 128 € monatlich für Kolleginnen und Kollegen der unteren Besoldungsgruppen. In der Gesamtschau bedeutet das für mich und viele andere: rund 17 % Reallohnverlust seit meinem Dienstantritt.

Strukturelle Risiken: unterwertige Besetzung und FKEP LAII

Neben den finanziellen Einschnitten verschärfen strukturelle Fehlentwicklungen die Lage. Unterwertige Besetzung, fehlender Nachwuchs und der PE-Pool führen dazu, dass Kolleginnen und Kollegen in unterwertige Besetzungen gedrängt werden, die ihrer Qualifikation nicht entsprechen. Die Polizei Hamburg arbeitet seit Jahren am Limit – und die Belastung steigt weiter. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, droht eine weitere Schwächung der Polizei. Das gefährdet nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Sicherheit der Stadt.

Klare Forderung an die Politik

Ich fordere eine zukunftsorientierte Personal- und Besoldungspolitik, die die Polizei Hamburg stärkt statt schwächt.

Ich fordere politische Rückendeckung, die diesen Beruf wieder attraktiv macht.

Und ich fordere ein Ende des Schlechtedens der Polizei. Wer Sicherheit will, muss sie auch ermöglichen – mit fairer Bezahlung, guter Ausstattung und verlässlicher Unterstützung.

Die Polizei Hamburg verdient Respekt, Anerkennung und eine Politik, die Verantwortung übernimmt. ■





Foto: sommar/AdobeStock

BEAMTENRECHT

Geleistete Lebenszeit darf nicht verloren gehen

Hamburg ist Event-Stadt. Hafengeburtstag, Schlagermove, Marathon, Cyclastics, DOM, Bundesliga, Großkonzerte, Demonstrationen und viele weitere Veranstaltungen sorgen jedes Jahr für Tausende zusätzliche Überstunden bei der Polizei Hamburg. Diese Mehrarbeit entsteht zusätzlich zum täglichen Dienst. Sie ist geleistete Lebenszeit unserer Kolleginnen und Kollegen.

GdP Hamburg

Unsere klare Forderung

Die GdP Hamburg erwartet, dass Überstunden selbstverständlich abgebaut werden können. Ist dies wegen der hohen Einsatzbelastung – etwa durch die Vielzahl von Veranstaltungen oder andere polizeiliche Einsatzlagen – nicht möglich, dürfen diese Stunden anschließend keinesfalls verfallen.

Denn niemand darf Nachteile erleiden, weil er oder sie den staatlichen Auftrag erfüllt hat.

Es geht um die Sicherheit Hamburgs. Wer Kolleginnen und Kollegen erst immer neue Zusatzdienste leisten lässt, muss garantie-

ren, dass geleistete Stunden nie verloren gehen.

Was hier auf dem Spiel steht

Die Bereitschaft, über das normale Maß hinaus Verantwortung zu übernehmen, lebt von Fairness und Verlässlichkeit.

Wer die geleistete Lebenszeit der Polizei nicht schützt, gefährdet langfristig Motivation, Einsatzbereitschaft und damit auch die innere Sicherheit.

Gewerkschaft der Polizei Hamburg. Für Recht. Für Sicherheit. Für die Kolleginnen und Kollegen. ■

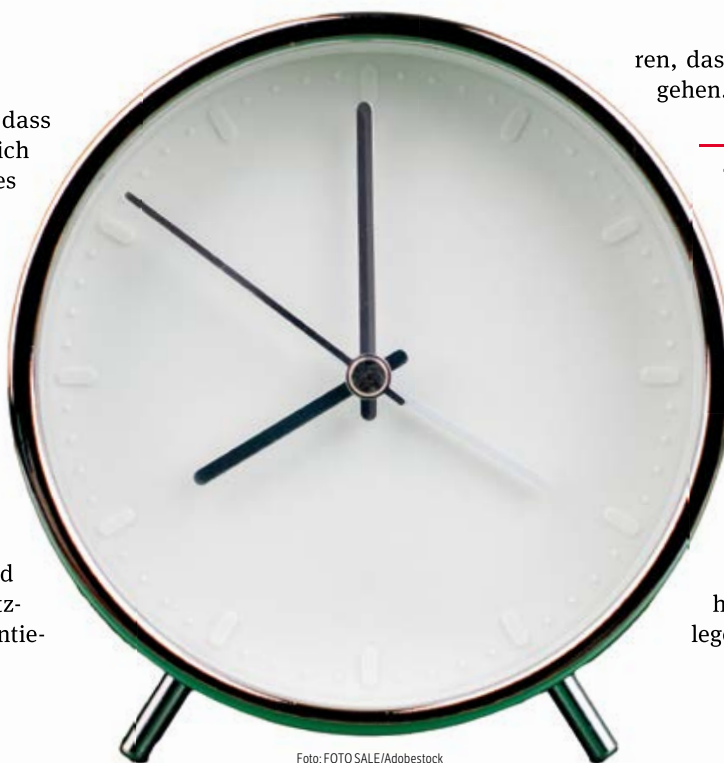


Foto: FOTO SALE/AdobeStock

INNERE SICHERHEIT

Polizei spart bereits mit – GdP bietet Senat Zukunftsdialog zur inneren Sicherheit an

Die Gewerkschaft der Polizei Hamburg (GdP) erkennt die angespannte Haushaltslage der Freien und Hansestadt Hamburg an und zeigt sich bereit, konstruktiv an Lösungen mitzuwirken. Gleichzeitig warnt sie davor, notwendige Konsolidierungsmaßnahmen einseitig zulasten der Polizei fortzuführen.

GdP Hamburg

Allen sind die Probleme bewusst

„Wir wissen, dass der Senat schwierige finanzielle Entscheidungen treffen muss. Gerade deshalb braucht es einen offenen Dialog darüber, welche Auswirkungen Einsparungen auf die innere Sicherheit haben“, erklärt der Landesvorsitzende der GdP Hamburg, Lars Osburg.

Aus Sicht der GdP leistet die Polizei bereits heute einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Zahlreiche Polizeibeschäftigte versehen dauerhaft höherwertige Aufgaben, ohne entsprechend besoldet oder befördert zu werden. Hinzu kommen erneut verschobene Beförderungen sowie Vorgaben zum Abbau erheblicher Überstunden.

Was wir bereits leisten mussten

„Die Polizei trägt die Haushaltskonsolidierung bereits seit Jahren mit. Unterwertige Besetzungen, aufgeschobene Beförderungen und die Übernahme höherwertiger Verantwortung ohne entsprechende Anerkennung entlasten den Haushalt jeden Tag. Dieser Beitrag unserer Kolleginnen und Kollegen ist real und erheblich. Weitere Belastungen dürfen nicht zulasten der Einsatzfähigkeit der Polizei gehen“, so Osburg.

Was wirklich problematisch ist

Die GdP sieht insbesondere drei Entwicklungen mit Sorge: dauerhafte unterwertige Verwendungen anstelle zeitnaher Beförderungen, erneut verschobene Beförderungen mit negativen Folgen für Motivation, Personalbindung und Nachwuchsgewinnung, haushaltsbedingte Vorgaben zum Abbau hoher Überstundenbestände, obwohl die Polizei gleichzeitig eine dauerhaft hohe Einsatzbelastung bewältigen muss. Die Gewerkschaft betont ausdrücklich, dass sie nicht nur Kritik üben, sondern aktiv an Lösungen mitarbeiten möchte.

Was wir anbieten!

„Wir bieten dem Senat und der Innenbehörde einen strukturierten Zukunftsdialog an. Unser Ziel ist es, gemeinsam Prioritäten zu entwickeln, damit die Polizei auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen leistungsfähig bleibt. Wer eine starke Polizei erwartet, muss dafür sorgen, dass Motivation, Personalentwicklung und Einsatzfähigkeit nicht dauerhaft dem Spardruck geopfert werden.“

Die GdP Hamburg schlägt vor, kurzfristig einen weiteren gemeinsamen Austausch

über Prioritäten in den Bereichen Personal, Beförderungen, Aufgabenwahrnehmung und Investitionen aufzunehmen. Ziel müsse sein, Einsparungen so zu gestalten, dass die Leistungsfähigkeit der Polizei und damit die Sicherheit der Hamburgerinnen und Hamburger langfristig erhalten bleiben.

„Haushaltskonsolidierung und innere Sicherheit dürfen kein Widerspruch sein. Die GdP ist bereit, Verantwortung zu übernehmen – erwartet aber zugleich, dass auch der Beitrag der Beschäftigten anerkannt wird. Wer Sicherheit will, muss die Polizei stärken und nicht schleichend schwächen.“ ■





Fotos: MK

SENIORENARBEIT

Nachklapp zur „dBeihilfe+“ und Einführung der Sprechstunde

Wie in den letzten Jahren findet auch in der Sommerpause im August kein Mitgliedertreffen der Senioren statt. Das bedeutet keineswegs, dass wir für Fragen, Probleme oder andere Anliegen nicht erreichbar wären. Zu erreichen sind wir entweder über unsere Geschäftsstelle oder ich per E-Mail direkt unter „FBSenioren@gmx.eu“.

Michael Rath

Eine interessante Veranstaltung

Am 9. Juni hatten wir beim gut besuchten letzten Treffen zwei Mitarbeiter der ZPD, Frau Niebuhr und Herr v. Possel, zu Gast; Thema war die neue App „dBeihilfe+“. Nach Vorstellung der App wurden von den Kollegen der ZPD diverse Fragen aus dem Plenum beantwortet und Hinweise für die Verwendung gegeben. Ein Dank dafür an die beiden für einen gelungenen Vortrag. Nähere Informationen sind auf der Seite der ZPD im Internet abrufbar (z. B. mit Suchbegriff „beihilfe hamburg zpd“), gerne sende ich die Präsentation und den Flyer euch auch direkt.

Im Nachgang erhielt ich einige Anfragen ob der Wiederholung. Wir werden die Verwendungspraxis der App beobachten und, sofern Bedarf besteht, die Veranstaltung wie-

derholen. Haltet uns bitte für eine Beurteilung auf dem Laufenden, schildert uns Probleme und/oder gebt uns pauschal Rücklauf.

Wie geht es nach der Sommerpause weiter?

Am 8. September 2026 um 15 Uhr im PP mit der Vorstellung der Verkehrsdirektion durch unseren Kollegen Thomas Model. Wir werden in der September-Ausgabe der DP noch daran erinnern.

Eine neue Form der Mitgliederversammlung: 8. September 2026 um 11 Uhr

Wir starten einen Versuch: erste „Sprechstunde“ am 8. September 2026 um 11 Uhr

in der Geschäftsstelle der GdP. Im Rahmen der Mitgliedertreffen werden wir immer mal wieder zu besonderen Themen oder Problemen befragt. Oft bietet sich dann für eine Erörterung weder der Ort noch der Zeitpunkt an. Wir beabsichtigen daher, für unsere Mitglieder eine „Sprechstunde“ einzuführen. Wir starten damit am 8. September um 11 Uhr in der Geschäftsstelle der GdP. Damit wir euren Anliegen auch gerecht werden können, bitten wir um zeitgerechte Anmeldung über unsere Geschäftsstelle mit Nennung des Themas. Zum einen macht für einen sinnvollen Ablauf ein „offener“ Termin keinen Sinn, aber auch, um aus unserem Vorstand den kompetenten Gesprächspartner für euch zu bestimmen.

Abschließend wünschen wir euch alles Gute und uns allen noch einen schönen Sommer! ■

**Hinweis:**

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung. Tel.: (040) 280896-17

TARIF**GdP schafft Sicherheit für Tarifbeschäftigte****GdP Hamburg**

Die angespannte Haushaltslage hat bei vielen Tarifbeschäftigten der Polizei Hamburg für Verunsicherung gesorgt. Die GdP Hamburg hat deshalb das Thema Stellenvakanzmanagement direkt mit Innensenator Andy Grote erörtert – mit einem wichtigen Ergebnis: Für die Tarifbeschäftigten der Polizei Hamburg wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Zugleich wurde deutlich, dass die Tarifbeschäftigten auch künftig ein unverzichtbarer Bestandteil der Polizei Hamburg bleiben. Für die GdP ist diese klare Zusage ein wichtiges Signal an die Kolleginnen und Kollegen.

Der Landesvorsitzende der GdP Hamburg, Lars Osburg, betont: „Uns war wichtig, die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen direkt anzusprechen. Die klare Zusage des Innensensors schafft Sicherheit.“

Die GdP wird die weiteren Entwicklungen aufmerksam begleiten und sich weiterhin für sichere Arbeitsplätze, gute Entwicklungsperspektiven und eine starke Polizei Hamburg einsetzen. Denn klar ist: Ohne die Tarifbeschäftigten funktioniert die Polizei Hamburg nicht. ■